

EUROPA
INTERNVON PROF. DR.
WILL TEICHERTLenas Onkel
berät Merkel

Das deutsch-europäische Personalkarussell dreht sich. Ein Mann geht von Berlin nach Brüssel; ein anderer war schon in Brüssel, wechselt wohl ins Kanzleramt. Der eine, Uwe Corsepius, tritt im Juni das einflussreiche Amt des Generalsekretärs des Europäischen Rates an, Ansprechpartner also für die EU-Regierungschefs. Der andere soll die Aufgabe übernehmen, die Corsepius bisher hatte – er soll Merkel in Sachen Europa beraten. Sein Name ist vielen geläufig: Meyer-Landrut, Nikolaus mit Vornamen. Er ist der Onkel jener Lena, die den Eurovision-Song-Wettbewerb gewinnen konnte. Onkel Nikolaus, 50 Jahre alt, ist passionierter Außenpolitiker und Europäer und promovierter Historiker. Er kennt sich gut aus auf dem EU-Parkett, war schon zweimal verantwortlich tätig in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Und agierte 2002 als Sprecher von Valéry Giscard d'Estaing, der damals die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung moderierte. Die veränderte sich bekanntlich zum viel diskutierten und nach Jahren endlich verabschiedeten Lissabon-Vertrag. Nikolaus Meyer-Landrut liegt das Politische im Blut. Er kommt aus einer Diplomatenfamilie, ist der Neffe von Andreas Meyer-Landrut, der in den 80er Jahren Botschafter in Moskau war, dann Leiter des Bundespräsidialamtes bei von Weizsäcker wurde. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in Sachen Europa-Expertise nicht schlecht aufgestellt. EU-Generalsekretär Corsepius und Meyer-Landrut sind ausgewiesene EU-Strategen. Beide waren maßgeblich daran beteiligt, den in einer politischen Sackgasse dümpelnden Reformvertrag 2007 wieder auf die Tagesordnung zu setzen und dann zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Merkel-Erfolg dank der Sherpa-Dienste dieser beiden Berater.

Beide werden in einer anderen europäischen Angelegenheit einem anderen weiblichen Wesen kaum helfen können. Beim Song-Grand-Prix 2011 wird Jungstar Lena es aus eigener Kraft schaffen müssen. Onkel Nikolaus, Opa Andreas und Experte Uwe können allenfalls Daumen drücken.

Entzaubert: Steht das System Guttenberg vor dem Kollaps?

PLAGIATSVORWÜRFE Die Zukunft von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ist ungewiss. Er könnte über seine in Teilen abgekupferte Dissertation stolpern. Die politischen Fehler des Verteidigungsministers aber geraten dabei in Vergessenheit. VON WOLFGANG HENZE

BERLIN/BONN Die militärische Führung der Bundeswehr hätte vom bisweilen eigenwilligen Amtsverständnis des gegenwärtigen „Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden“ durchaus gewarnt sein können. Dass Verteidigungsminister zu Guttenberg wenige Wochen nach seinem Dienstantritt einen Staatssekretär und den Generalinspekteur der Bundeswehr wegen angeblich vorenthaltener Unterlagen, im Zusammenhang mit der Bombardierung von zwei Tankfahrzeugen bei Kunduz, feuerte, mag angemessen gewesen sein.

Deutlich fragwürdig war jedoch der Rausschmiss von Brigadegeneral Henning Hars vom Kieler Wehrbereichskommando 1, nur kurze Zeit später. Der 54 Jahre alte General hatte sein Recht als „Staatsbürger in Uniform“ wahrnehmen wollen und in einem persönlichen Schreiben an seinen Dienstherren um Nennung der Gründe für die Entlassung von Staatssekretär Wichert und General Schneiderhahn gebeten. Dieser Brief muss offensichtlich jedoch den Tatbestand einer Majestätsbeleidigung erfüllt haben, denn statt einer Antwort des Ministers bekam der General umgehend seine Entlassungspapiere zugestellt.

Entmachtete Führung Spätestens mit diesem Rausschmiss wurde deutlich, dass die bewährten geistigen Fundamente der Bundeswehr, die Prinzipien des „Staatsbürgers in Uni-

form“ und der „Inneren Führung“, zumindest für ministerielles Handeln offensichtlich künftig nicht weiter von Bedeutung sein würden. Von daher kann es nicht verwundern, dass der amtierende Verteidigungsminister, ganz besonders wenn öffentliche Misslichkeiten für ihn entnach seinem Dienstantritt einen Staatssekretär und den Generalinspekteur der Bundeswehr wegen angeblich vorenthaltener Unterlagen, im Zusammenhang mit der Bombardierung von zwei Tankfahrzeugen bei Kunduz, feuerte, mag angemessen gewesen sein.

„Gorch Fock“ Rein militärisch betrachtet waren die Vorgänge rund um das Segelschiff „Gorch Fock“ in den letzten Monaten durchaus überschaubar. Tatsächlich hat es während der Segelvor- ausbildung in einem Auslandshafen einen tragischen Unfall gegeben, bei dem eine junge Kadettin ihr Leben verlor. Der Unfall wurde marineintern und von der Kieler Staatsanwaltschaft untersucht, die gemeinsam mit der Wertung kamen: Kein Fremdverschulden.

Die Stimmung an Bord war, ausgelöst durch den Todesfall, verständlicherweise schlecht. Letztlich entschied die Marineführung, die seemännische Grundausbildung für die Offizieranwärter auf dem Segelschiff bis auf Weiteres einzustellen und die „Gorch Fock“ mit einer sogenannten Segelcrew auf den Rest der laufenden Reise zu schicken.

Knapp zwei Monate später wies zu Guttenberg schließlich wegen einiger ungeprüfter Behauptungen von ehemaligen Kadetten Marine-Inspekteur Axel Schimpf an, den damaligen „Gorch Fock“-Kommandanten, Kapitän zur See Norbert Schatz, umgehend abzulösen. „Jetzt reicht's“, wird der Minister in einem Boulevardblatt zitiert, dessen Reporter zu Guttenberg damals begleitete. Bis zu seiner damaligen Ablösung, die nur wenig später mit etlichen semantischen Klimmzügen von Marine-Inspekteur Axel Schimpf zu einer zeitweiligen Suspendierung umgedeutet wurde, hatte niemand mit Kapitän zur See Schatz über die erhobenen Vorwürfe gesprochen.

Tatsächlich droht dem amtierenden Verteidigungsminister aber abseits aller Plagiatsvorwürfe und „Gorch Fock“-Turbulenzen neue ernsthafte Ungemach.

Ministerielles Durchregieren Tatsächlich stellt die ultimative vom Minister verfügte Ablösung des „Gorch Fock“-Kommandanten einen tiefen Eingriff in die Verantwortung und Kompetenz des Marine-Inspektors dar, der für die Einsatzbereitschaft der kleinsten Bundeswehr-Teilstreitkraft umfassend verantwortlich ist, und für den das ministerielle Durchregieren bis auf Schiffsniveau letztlich auch als Misstrauensvo-



Vor dem Sturz? Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist zunehmend in Erklärungsnot.

tum gelten muss.

Der Vertrauensverlust für Vizeadmiral Schimpf innerhalb der Marine dürfte ebenfalls gewaltig sein, da er offensichtlich widerstandslos die ministerielle Diktion in Sachen „Gorch Fock“ übernommen hat. Tatsächlich hat es noch niemals in der Deutschen Marine einen Fall von zeitweiliger Suspendierung eines Kommandanten ohne angemessene vorherige Sachverhaltsprüfung und Gehör gegeben. Selbst wenn sich alle Vorwürfe als unrichtig erweisen würden, wäre eine Rückkehr von Kapitän zu See Schatz auf die „Gorch Fock“ kaum möglich.

Mehrfach wandte sich Schimpf inzwischen mit sogenannten Inspektorsbriefen an seine Soldatinnen und Soldaten, in denen er unter anderem auch den ministeriellen Durchgriff in seinen Verantwortungsbereich in Sachen „Gorch Fock“ zugibt. In ungewöhnlicher Weise hat der Marine-Inspekteur sogar

mehrfach die Medien „für das schwere Wetter“ mitverantwortlich gemacht, in das die Marine geraten sei und verweist auch auf die Bedeutung der „Inneren Führung“. Aber genau deren Prinzipien hätten im Fall der „Gorch Fock“ eine vorherige Sachaufklärung zwingend gemacht, statt offensichtlich vorbehaltlos dem ministeriellen Personal-Erlass zu folgen.

Neues Ungemach Tatsächlich droht dem amtierenden Verteidigungsminister aber abseits aller Plagiatsvorwürfe und „Gorch Fock“-Turbulenzen neues ernsthafte Ungemach. Mag die Aussetzung der Wehrpflicht grundsätzlich als durchaus sinnvoll erscheinen, so ist jedoch gegen den ausdrücklichen Rat der militärischen Führung politisch versäumt worden, diese Aussetzung mit einem neuen Personalkonzept abzufedern.

Aus diesem Grund schlug dieser Tage auch Heeres-Inspekteur Werner Freers

Alarm, der zum Einstellungs-termin April 2011 nur rund 25 Prozent des notwendigen militärischen Nachwuchses gewinnen konnte. Rund 2000 neue Heeresoldaten müssen pro Quartal eingestellt werden, nur 450 haben sich gemeldet.

Der General hält dadurch auch den Afghanistan-Einsatz für gefährdet. „Die Bereitstellung der Einsatzkontingente wird bereits 2012 nicht mehr in heutigem Umfang möglich sein“, wird Freers zitiert. Soldaten mit kurzer Dienstzeit ließen sich kaum anwerben, da die von Verteidigungsminister zu Guttenberg in Aussicht gestellten Prämien immer noch nicht gesetzlich geregelt worden wären.

Möglicherweise entpuppt sich daher die vorschnelle Aussetzung der Wehrpflicht, ähnlich wie die Ablösung des „Gorch Fock“-Kommandanten, als weiterer Schnellschuss von Verteidigungsminister zu Guttenberg.

Experten: Plagiats-Affäre könnte Guttenberg nützen

BERLIN Ungeachtet des wachsenden Drucks auf Karl-Theodor zu Guttenberg steht die Mehrheit der Deutschen in der Plagiats-Affäre hinter dem Verteidigungsminister. Gut zwei Drittel der Deutschen sind der Ansicht, dass der CSU-Politiker im Amt bleiben sollte, obwohl offensichtlich Passagen seiner Doktorarbeit nicht als Zitat gekennzeichnet hat. Auch Guttenberg selbst denkt nicht an Rücktritt.

Im Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Focus“ beantwortete der CSU-Politiker die Frage, ob er seit Dienstag einmal an Rücktritt gedacht habe, knapp mit „Unsin!“: „Es liegt nicht bei ihm, zu beurteilen, was der Vorgang für seine Glaubwürdigkeit und Autorität bedeute. „Aber beidem gerecht zu werden, bleibt mein Anspruch“, sagte der Minister laut Vorabbericht vom Samstag.

In einer Emnid-Umfrage für

das Nachrichtenmagazin sprachen sich lediglich 27 Prozent für einen Rücktritt des Ministers aus. Fünf Prozent machten keine Angaben. Laut „Spiegel“ hat Guttenberg für seine unter Plagiatsverdacht stehende Doktorarbeit auch die Arbeit der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages in Anspruch genommen. Demzufolge verfasste der Ministerialrat Ulrich Tammler für den damaligen CSU-Abgeordneten eine Arbeit. Guttenberg habe diese in seine Dissertation nahezu vollständig eingefügt – mit geringfügigen Änderungen, hieß es.

Der Bonner Politikwissenschaftler Gerd Langguth ist überzeugt, dass Guttenberg durch die Affäre am Ende politisch gestärkt wird: „Ein Spitzenpolitiker muss Schrammen haben, muss durch Stahlgewitter gegangen sein. Das erdet ihn, das macht ihn menschlicher.“

DPA

NACHRICHTEN

NEONAZI-AUFMARSCH

Pflastersteine gegen
Polizisten

DRESDEN Am Rande der Proteste gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden ist es gestern zu Gewalttätigkeiten gekommen. Die Polizei sprach von „massiven Angriffen“ Gewaltbereiter auf Einsatzkräfte. „Sie werden mit Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen“, sagte ein Sprecher. Mindestens ein Dutzend Autos wurde beschädigt, Scheiben gingen zu Bruch. Autonome errichteten Blockaden, die teilweise brannten. Die Beamten rüsteten sich mit Schilden aus, Wasserwerfer wurden zum Einsatz vorbereitet. Die am Bahnhof versammelten und von Beamten bewachten Neonazis konnten zunächst nicht loslaufen. Weitere waren noch auf der Anreise, berichtete die Polizei.

EADS

Tauziehen um
deutschen Einfluss

BERLIN Die Bundesregierung ist laut Medienberichten bemüht, bei einem möglichen Teilausstieg von Daimler aus dem europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS den deutschen Einfluss zu sichern. Einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zufolge ist sogar eine staatliche Verkaufsprämie für Elektroautos im Gespräch, sollte Daimler im Gegenzug auf seine Anteils-Verkaufspläne verzichten. Eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums bestätigte den Bericht nicht. Sie verwies darauf, dass Minister Rainer Brüderle (FDP) sich wiederholt gegen Verkaufsprämien für Elektroautos ausgesprochen habe.

STUTT GART 21

Erneut Proteste
gegen Bahnprojekt

STUTT GART Tausende Menschen haben trotz frostiger Temperaturen erneut gegen das Milliarden-Bahnprojekt Stuttgart 21 protestiert. Die Polizei zählte bei der Kundgebung am Samstag in Stuttgart rund 15 000 Teilnehmer, die Veranstalter sprachen von mehr als 39 000 Menschen. Die Aktion lief unter dem Motto „Let'S21 putz – weg den alten Mief“. Es sollte die vorletzte Großdemonstration vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März gewesen sein. Vor dem Hauptbahnhof prangte ein zwölf Meter breites Banner „Kein Stuttgart 21! 27.3. ist Landtagswahl – Gruß an Frau Merkel“.

DAPD